

Ansiedlung von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in der Gemeinde Grafschaft 1945 bis 1953

Eine gelungene Integration

Ottmar Prothmann

Seit Beginn des Zweiten Weltkrieges herrschte in den sonst so ruhigen Dörfern der Grafschaft, in denen selten Fremde auftauchten und nur wenige Fremde sich niederließen, ein ständiges Kommen und Gehen von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Zuerst kam 1939/40 deutsche Einquartierung, dann folgten ausländische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter. Zusätzlich suchten Ausgebombte aus den teilweise zerstörten und weiterhin von Bomben bedrohten Städten hier Zuflucht. Im März 1945 quartierte sich amerikanische Besatzung ein, dann folgten Grenzpolizisten und französische Gendarme (zusammen 47 Personen).¹⁾ Unterdessen kehrten die zahlreichen zum Kriegsdienst eingezogenen einheimischen Männer, soweit sie Krieg und Gefangenschaft überlebt hatten, zurück in ihre Heimatdörfer.

Nach Kriegsende zogen die ausgebombten und hierhin evakuierten Einwohner aus den nördlich gelegenen Städten, insgesamt 341 Personen, nach und nach in ihre Heimat zurück, aber noch am 15. November 1950 lebten in den Dörfern der Grafschaft 114 Evakuierte, deren Aufnahme von den Städten abgelehnt wurde.²⁾

Erste Zuwanderer

Die Dorfbewohner waren froh, dass nach langen Jahren der Unruhe langsam wieder Normalität eintrat und sie wieder Herr im eigenen Haus wurden. In dieser Situation kamen nun mit den Heimatvertriebenen Menschen in diese Dörfer, die, anders als die oben genannten Gruppen, nicht nur vorübergehend bleiben, sondern hier eine neue Heimat finden wollten.

Als Folge des von Deutschland angezettelten Krieges waren die Menschen der deutschen Gebiete in Osteuropa aus ihrer Heimat geflohen. Wer sich nicht zur Flucht hatte entscheiden können, war verschleppt oder später vertrieben worden. Insgesamt waren es zwölf Millionen Menschen, die ihre Heimat verloren. Zwei Millionen Menschen überlebten Flucht und Vertreibung nicht. Viele hatten Hunger, Kälte, Vergewaltigungen und unaussprechliche Grausamkeiten erlebt.

Die meisten Flüchtlinge flohen gegen Kriegsende in die nächstgelegenen Gebiete, in denen sie Sicherheit fanden. Das waren Dänemark, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Nur vereinzelt kamen schon 1945 Flüchtlinge in die Grafschaft.³⁾

1946 sollte das Amt Ringen 600 Flüchtlinge aufnehmen. 90 Prozent der Leute waren wegen ihres Alters oder aus anderen Gründen arbeitsunfähig. Amtsbürgermeister Dr. Ley wehrte sich gegen diese Einweisung mit dem Argument, diese Menschen könnten nicht bei Feldarbeiten eingesetzt werden. „Nichtarbeitende rufen auf dem Lande erfahrungsgemäß weit mehr soziale Spannungen hervor als in den Städten. [...] Erschwerend kommt noch hinzu, dass auf dem Lande die Bauernfamilien, namentlich im Sommer bei gutem Wetter, draußen sind und die Häuser den Fremden offen stehen.“ Seine Bedenken hatten Erfolg, die Flüchtlinge wurden woanders untergebracht.⁴⁾

Dänemarkflüchtlinge 1948

Ende August 1948 lebten 57 Flüchtlinge im Amt Ringen.⁵⁾ Dann traf am 8. November der

erste Transport der sogenannten „Dänemarkflüchtlinge“ mit 1459 Personen im Flüchtlingsdurchgangslager Niederbreisig ein.⁶⁾ Es waren vor allem Ostpreußen, die auf Schiffen über die Ostsee nach Dänemark geflohen waren und seitdem dort in Lagern lebten.

Von diesem Kontingent wurden am 10. November 21 Personen in die Grafschaft gebracht.⁷⁾ Dort waren schon im Oktober die nötigen Vorbereitungen getroffen worden. In neun Gemeinden waren Räumlichkeiten gefunden und zumeist komplett eingerichtet worden. Dazu hatte die Bevölkerung Geld gespendet. Schwierigkeiten bereitete es nur, Textilien (Bettbezüge, Wolldecken usw.) zu kaufen.⁸⁾

Umsiedlung 1950

Nach den „Dänemarkflüchtlingen“ zogen stetig weitere Heimatvertriebene zu, so dass am 15. Dezember 1949 122 Flüchtlinge im Amt Ringen lebten.⁹⁾ Der Hauptstrom der Flüchtlinge setzte jedoch erst 1950 ein.

Um die Bundesländer, in denen die meisten Heimatvertriebenen Zuflucht gefunden hatten, zu entlasten, verordnete die Bundesregierung, dass die übrigen Bundesländer im Laufe des Jahres 1950 aus Bayern und Niedersachsen je 75.000 und aus Schleswig-Holstein 150.000 Heimatvertriebene aufzunehmen hätten. Rheinland-Pfalz, das ab 1945 nur wenige Heimatvertriebene aufgenommen hatte, sollte demnach 90.000 Heimatvertriebene übernehmen.

Am 24. Januar 1950 verfügte der Regierungspräsident, dass der Kreis Ahrweiler 2.500 Heimatvertriebene aus den drei Abgabeländern im Laufe des Jahres erhalten sollte. Das Kontingent für die Grafschaft betrug 310 Personen.¹⁰⁾

Die Umsiedlung erfolgte auf Grund von freiwilligen Meldungen. Die Hauptgründe für eine gewünschte Umsiedlung waren: Suche nach einer Arbeitsstelle, Nähe zu Verwandten und bei Katholiken, die in Schleswig-Holstein in der Diaspora lebten, der Wunsch, ihre Kinder eine katholische Schule besuchen zu lassen.

Um sich ein Bild von der Situation der Flüchtlinge zu machen, reiste Kirchenrat Sachsse aus Oberwinter als Bevollmächtigter der Evangelischen Kirche in die Abgabeländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein. In seinem Bericht

vom Juli 1950 heißt es: „Es muss gesagt werden, dass die Lage der Flüchtlinge in den Abgabeländern wesentlich schlechter ist, als man es sich in unserem Gebiet vorstellt [...] Das Leben derselben ist zum großen Teil nicht menschenwürdig. Alles was das Leben lebenswert macht, behagliche Wohnverhältnisse, angenehmes Familienleben, befriedigende Arbeit, genügendes Einkommen, Aufstiegsmöglichkeiten, fehlt der Mehrzahl der Flüchtlinge vollständig. Verzweiflung oder Abgestumpftheit ist die natürliche Folge dieser Lage.“¹¹⁾

Die Flüchtlinge trafen mit 20 Sonderzügen in Abständen von je zehn Tagen vom 13. April bis 13. November 1950 in Heimersheim ein. Mit diesem letztgenannten Tag war die eigentlich Umsiedlungsaktion für den Kreis Ahrweiler offiziell abgeschlossen. Die Transporte wurden durch die Sammelstelle in Heimersheim zunächst registriert, gesundheitlich durch das Staatliche Gesundheitsamt überprüft und durch das Rote Kreuz und die Caritas betreut. Als Sammellager war im Februar 1950 der Saal Kretzer gegenüber dem Bahnhof in Heimersheim eingerichtet worden. Die Züge trafen immer in den frühen Morgenstunden ein, so dass ein Teil der Flüchtlinge noch am selben Tag in die Aufnahmegemeinden abtransportiert werden konnten. Wenn dies nicht gelang, bestand die Möglichkeit, sie kurzzeitig im Saal Kretzer unterzubringen und zu verpflegen.¹²⁾ Die Flüchtlinge führten einen umfangreichen Hausrat, ja sogar Brennholz und Kartoffeln mit sich. Alles wurde auf Lastwagen geladen, alte Leute und Kinder stiegen in bereitstehende Busse, die übrigen kletterten auf die Lastwagen. Sachbearbeiter aus den Amtsbezirken des Kreises (vom Amt Ringen Hubert Fleissig) begleiteten die Kolonnen und sorgten für die Verteilung in den Orten.

Ein Jahr nach Beendigung der Umsiedlungsaktion, am 4. August 1951, lebten im Amt Ringen 503 Flüchtlinge, nicht eingerechnet die Ostzonenflüchtlinge sowie die aus dem Krieg zurückgebliebenen Evakuierten.¹³⁾

Sowjetzonenflüchtlinge

Mit Ankunft von Ostzonenflüchtlingen verschärfte sich die angespannte Lage dieser Jahre



Haus Alte Straße 8 in Oeverich, ein typisches Fachwerkhaus auf der Grafschaft: Hier wurden 1950 zwei Flüchtlingsfamilien mit insgesamt neun Personen untergebracht.

noch zusätzlich. Im November 1949 schätzte man, dass 80.000 bis 90.000 Personen aus der russischen Besatzungszone nach Rheinland-Pfalz geflohen bzw. zugewandert waren. In den Dörfern des Amts Ringen wurden allein vom 1. April 1949 bis zum 15. September 1950 63 Ostzonenflüchtlinge untergebracht.¹⁴⁾ Anfang 1953, noch vor dem Volksaufstand vom 17. Juni, sollte der Kreis Ahrweiler 512 Sowjetzonenflüchtlinge aufnehmen. In Erwartung dieser Flüchtlinge wurde am 5. Februar 1953 im Saal der Gastwirtschaft Seidler in Ringen (Ahrtalstraße 12) wieder ein zentrales Durchgangslager des Kreises Ahrweiler eingerichtet.¹⁵⁾ Von den angekündigten 512 Flüchtlingen kamen schließlich nur 335. Das Amt Ringen erhielt 39 Personen.¹⁶⁾ Weitere Flüchtlinge folgten, bis am 28. Februar 1955 das Lager aufgelöst wurde.¹⁷⁾

Unterbringung

Insgesamt waren also rund 600 Heimatvertriebene und Flüchtlinge auf der Grafschaft untergebracht. Bei einer durchschnittlichen Größe der Dörfer von 300 Einwohnern entsprach dieser Zuwachs der Einwohnerschaft von zwei Dörfern. Einen solch enormen Bevölkerungszuwachs hatte es sicher in der langen Geschichte der Dörfer nie gegeben.

Zu all den Schwierigkeiten der Nachkriegsjahre belastete die Unterbringung der Heimatvertriebenen die Gemeinden zusätzlich bis an die Grenze des Erträglichen. Die Dörfer der Grafschaft hatten den Krieg ohne größere Zerstörungen überstanden. Da die Landwirtschaft die Haupterwerbsquelle der Bevölkerung war, brauchte hier niemand zu hungern. Darüber hinaus herrschte jedoch Mangel an allem, was man sonst noch zum Leben benötigte. Die Wohnhäuser waren überwiegend alte Fachwerkbauten und eigneten sich gemäß der kleinbäuerlichen Struktur nicht zur Aufnahme einer zweiten Familie. Dabei waren die Wohnverhältnisse im Vergleich zu heute sehr bescheiden. An sanitären Anlagen war oft nur ein sogenanntes „Plumpsklo“ außerhalb des Wohnhauses vorhanden. Viele Dörfer der Grafschaft besaßen noch keine Wasserleitung.

Für die Hauseigentümer bedeutete es einen erheblichen Eingriff in ihr Privatleben, fremde Menschen in ihr Haus aufzunehmen und vielleicht lange Jahre auf engstem Raum mit ihnen zusammenleben zu müssen. Daher verwundert es nicht, dass sich erhebliche Schwierigkeiten auftaten. Auch als bekannt gemacht wurde, dass die Hauseigentümer für die Hergabe von Räumen und Hausrat angemessen entschädigt werden sollten, förderte das kaum die Bereitschaft der Hauseigentümer, Wohnraum anzubieten. Etliche Gemeindebürgermeister des Kreises beteiligten sich wenig an der Aktion oder opponierten sogar offen. In Ahrweiler, Bad Neuenahr und Remagen wurden Lastwagenfahrer, die den Hausrat der Heimatvertriebenen anliefern wollten, zum Teil unter Bedrohung gehindert, ihn abzuladen. 15-mal musste die Polizei eingreifen, um die Zuweisung zu erzwingen. Von der Grafschaft sind keine po-

lizeilichen Maßnahmen bekannt. Den Heimatvertriebenen blieb dies alles nicht verborgen. Sie spürten, falls sie nicht in ein leerstehendes Haus eingewiesen wurden, dass sie den Hauseigentümern zur Last fielen.

Am 25. Juli 1950 schrieb Amtsbürgermeister Simons von Ringen an den Landrat, dass rund 50 Prozent der zugeteilten Heimatvertriebenen aus Schleswig-Holstein untergebracht seien. Die Zwei- und Mehrraumwohnungen seien restlos aufgebraucht. Von jetzt an eintreffende Heimatvertriebene könnten nur noch ein vorläufiges Quartier, aber keine dauernde Wohnung mehr erhalten. Auch diese Möglichkeit sei schnell erschöpft. Außerdem habe die Amtskasse bereits erhebliche Beträge für die Bezahlung von Einrichtungsgegenständen vorgeschossen, so dass ihre Finanzkraft jetzt erschöpft sei und sie nicht mehr ihren eigenen Verpflichtungen nachkommen könne. Der Landrat antwortete, dass er seine Schwierigkeiten durchaus kenne, in den anderen Amtsbürgermeistereien sei aber die Situation nicht besser und deshalb könne er ihn nicht entlasten.

Am 15. November 1950 waren noch für 200 Flüchtlinge, die bereits im Amtsbezirk Ringen lebten, Wohnungen zu beschaffen.¹⁸⁾ Die Wohnungsnot milderte sich langsam in den 1950er bis 1960er Jahren mit dem Neubau von Häusern. Vom Staat wurden Aufbaudarlehen aus dem Lastenausgleich den Personen gewährt, die einen Vertreibungsschaden oder Kriegssachschaden geltend machen konnten. So gelang manchen Flüchtlingen der Bau eines Hauses, oft aber auch erst in der nächsten Generation.

Zum Bau von Flüchtlingsheimen kam es nur in Vettelhoven. Dort waren bis 1952 72 Heimatvertriebene eingewiesen worden, darunter viele Landarbeiter,¹⁹⁾ denn die drei größeren Bauernhöfe des Dorfes benötigten viele Hilfskräfte. 1955/56 wurden im Rahmen der Flurbereinigung 27 Bauplätze für Handwerker und Landarbeiter ausgewiesen. Außerdem errichtete die „Landsiedlung Rheinland-Pfalz“ am westlichen Dorfrand vier Landarbeiterhäuser mit je einer Einliegerwohnung. Zu jedem Haus gehörte eine Garten- und Ackerfläche von 35 Ar.²⁰⁾

Wirtschaftliche Verhältnisse

Die meisten Heimatvertriebenen stammten aus ländlichen Räumen, hatten einen Bauernhof besessen, auf großen Gütern gearbeitet oder ein dörfliches Handwerk betrieben. Auch die Grafschaft war zur Hauptsache landwirtschaftlich orientiert, an Industriebetrieben gab es nur die Tongruben in Lantershofen und Ringen. Daher war es fast ausgeschlossen, Flüchtlinge im hiesigen Bezirk in den Arbeitsprozess einzugliedern. In der Landwirtschaft bestand Anfang Februar 1950 nur noch ein Bedarf von etwa 50 Arbeitskräften.²¹⁾ Die Chance für die Flüchtlinge, durch Anpachtung eines Bauernhofes in diesem Beruf wieder eine Existenzgrundlage zu finden, war äußerst gering.

Wegen der ungünstigen Verkehrsverbindungen war es nicht einfach, von der Grafschaft aus die Arbeitsstellen in den Städten zu erreichen, wobei ein Anfahrtsweg von 30 Kilometern als zumutbar galt. Autos besaßen damals nur wenige Geschäftsleute in den Dörfern. Daher wollten etliche Familien „umgesetzt“ werden, um eine Arbeit aufnehmen zu können. Gewünschte Wohnorte waren die Städte Ahrweiler, Bad Neuenahr, Remagen und Sinzig oder ein Industriebezirk.²²⁾ Doch Wohnraum war nach den Kriegszerstörungen und der großen Zuwanderung auch überall in den Städten knapp.

Der Staat gewährte den Heimatvertriebenen monatlich eine kleine Zuwendung, die jedoch zum Leben kaum ausreichte. Deshalb versuchten alle, ein Grundstück zu pachten, um Gemüse und vor allem Kartoffeln, das Hauptnahrungsmittel, anzubauen. Manche hielten Hühner und Kaninchen, Schweine nicht, denn dazu musste man mehr Land besitzen. Außerdem versuchten alle, durch Arbeit in den Bauernhöfen einen Zusatzverdienst zu erhalten. Wenn bei der Ernte die Getreidefelder abgeerntet waren, sammelten sie die zurückgebliebenen Ähren. Alles, was essbar war, wurde verwertet. Aus Brennesseln wurde Spinat gekocht und im Herbst Pilze gesucht, eine Kostbarkeit, die Einheimische eigenartigerweise nicht nutzten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der gesamten Bevölkerung besserten sich in den 1950er Jahren dank des schnellen Aufschwungs der

deutschen Wirtschaft zusehends, so dass jeder Arbeit finden konnte, um seinen Lebensunterhalt ausreichend zu gewährleisten.

Integration

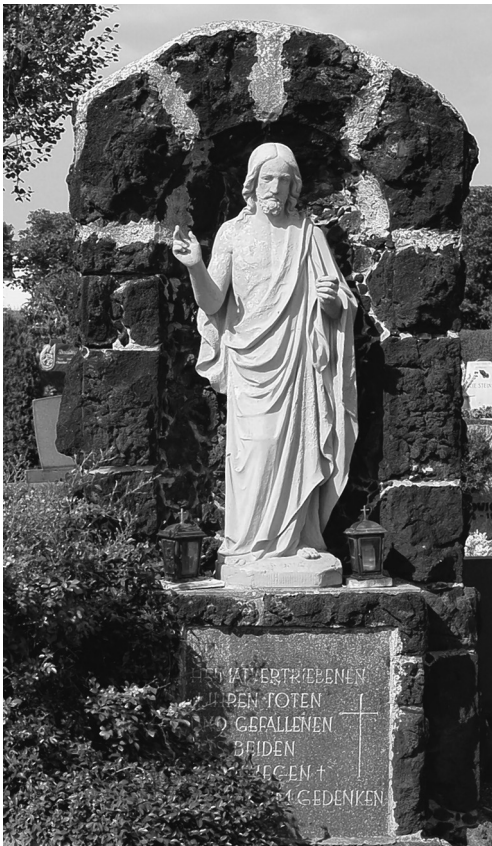
Auch wenn es sich bei den Heimatvertriebenen nicht um Ausländer, sondern um Landsleute aus anderen deutschen Siedlungsgebieten handelte, bereitete die Eingliederung in die hiesige Bevölkerung doch manche Schwierigkeiten. Eine Frau, die damals ein kleines Kind war, erinnert sich: „In den ersten Tagen nach unserer Ankunft kam ein Mädchen aus der Nachbarschaft zu uns und bestürmte mich mit Fragen: „Määtsche, wii heesch duu? Küs de raff? Wan

häs de Naamensdaach?“ usw. Teils verstand ich nicht, was sie sagte, teils konnte ich keine Antwort geben. So wusste ich nicht, wann ich Namenstag hatte, denn wir feierten nur den Geburtstag. Enttäuscht über meine unbefriedigenden Antworten stieß das Nachbarmädchen schließlich erbost heraus: „Ää, bes du doof!“ Als ich später mit Kindern auf der Straße spielte, kam ein Junge und sagte: „Hau aff, du schpels net met, du Polack. Ja, für uns Kinder war der Neuanfang schwer.“

Ein anderer Heimatvertriebener berichtete: „Wir sind damals beschimpft und als Polack bezeichnet worden. Als Kind habe ich das nicht so sehr mitbekommen, erst später ist mir das bewusst geworden. Nur zwei Dorfbewohner zeigten sich mir anfangs gegenüber freundlich und aufgeschlossen. Von den gleichaltrigen Kindern wurden wir allerdings angenommen.“ Ein Spiegelbild des dörflichen Zusammenlebens bieten die Schiedsmannsbücher, von denen sich leider nur das für die Gemeinden Birresdorf, Leimersdorf und Nierendorf erhalten hat. Darin finden sich bis 1960 nur zweimal Streitigkeiten zwischen Einheimischen und Heimatvertriebenen. In beiden 1952 protokollierten Fällen fühlten sich Heimatvertriebene durch den Ausdruck „Polack“ bzw. im zweiten Fall noch durch die Worte „Pole“ und „Zigeunerpack“ beleidigt.

Durchweg positiv äußerten sich hingegen die Lehrer und Pfarrer über die Heimatvertriebenen in ihren für die Nachwelt bestimmten Chroniken. So notierte Lehrer Eduard Berres von Leimersdorf 1950 in seine Schulchronik, dass über 20 Kinder von Heimatvertriebenen in die Schule gekommen seien. Im Gesamten gesehen brächten sie eine Bereicherung des Unterrichts. Es seien durchweg gute anständige Familien. Dann fährt er fort, er habe von den Kindern gehört, dass sie von Lehrern in Schleswig-Holstein mit Ausdrücken beleidigt worden seien. Er könne nur hoffen, dass es einzelne Lehrer waren, die so intolerant dachten. Das gäbe es hier im Rheinland doch nicht.²³⁾

Lehrer Robert Krämer von Karweiler schrieb in der Schulchronik: 1950 kamen nach Karweiler die drei Familien Proksch, Hennig und Ziganowski als erste Ostflüchtlinge. „Bald fan-



Ehrenmal für die Toten und Gefallenen der Heimatvertriebenen auf dem Friedhof in Leimersdorf

den sie Arbeit und gliederten sich gut in die Dorfgemeinschaft ein. Fünf Kinder schickten sie zur Schule. Auch sie lebten sich schnell in die Klassengemeinschaft ein und folgten dem Unterrichte mit Interesse.⁴²⁴⁾

Zu manchen Irritationen und Missverständnissen führte die in den Dörfern gesprochene Mundart. Zwar hätten die Einheimischen mit den Heimatvertriebenen hochdeutsch sprechen können, doch taten sie dies nicht, da sie Hochdeutsch erst in der Schule gelernt hatten und darin keine Übung besaßen. Auch wenn später Einheimische und Zugezogene heirateten, sprach der hiesige Ehepartner weiterhin oft in Mundart und der zugezogene Partner hochdeutsch. Mit den Jahren lernten die Zugezogenen die Mundart zu verstehen, sie zu sprechen gelang aber nur den Kindern. Das Nichtbeherrschen der Mundart bedeutete, dass sich die Heimatvertriebenen noch lange als Fremde fühlten, denn immer wenn sie redeten, spürten alle, dass sie nicht zur eingewachsenen Dorfgemeinschaft gehörten.

Ein weitere Schwierigkeit ergab sich aus der unterschiedlichen Konfession. Damals war das Verhältnis zwischen Katholiken und Evangelischen noch voller Spannungen und Missverständnisse. Bei der Zuteilung der Heimatvertriebenen wurde darauf geachtet, dass sie dort angesiedelt wurden, wo ihre Konfession verbreitet war. Das ließ sich jedoch häufig nicht erreichen, da viele Heimatvertriebene evangelisch waren. Daher wurden auch in den fast rein katholischen Dörfern der Grafschaft etliche Evangelische eingewiesen. Sie beklagten, ihnen fehlte eine religiöse Betreuung, außerdem könnten sie nicht an Gottesdiensten in Neuenahr, Remagen oder Oberwinter teilnehmen, da sonntags nur wenige Omnibusse fahren würden.²⁵⁾ Katholiken, wie die Flüchtlinge aus dem Ermland, dem Kerngebiet von Ostpreußen, hatten es da leichter. Sie kamen in eine Umgebung, die ihnen in dieser Hinsicht vertraut war. Brauchtum und Sitten waren damals noch stark kirchlich geprägt. Dies trug entscheidend dazu bei, sich hier heimisch zu fühlen.

Förderlich für die Integration war sicherlich auch, dass die Heimatvertriebenen nicht an einer Stelle zusammen angesiedelt, sondern

auf die Dörfer verteilt wurden. Die Flüchtlinge passten sich den Sitten und Gebräuchen ihrer neuen Heimat an, wurden Mitglied in den Vereinen und der Feuerwehr. Manche jungen Leute wurden Maikönig oder Maikönigin. Man heiratete untereinander. Dabei entstanden auch konfessionell gemischte Ehen. So kam neues Blut in die Dörfer und vielleicht auch etwas frischer Wind. Spürbare Einwirkungen auf das soziale Gefüge und das Dorfgeschehen hatten die Heimatvertriebenen freilich kaum. Dazu war ihre Zahl zu gering und ihr Stellung als arme Zuwanderer ohne Einfluss.

Die nach dem Krieg geborenen Kinder wuchsen hier heran und lernten die hiesige Mundart. Hier war ihre Heimat. Die Heimat ihrer Eltern kannten sie nur noch aus Erzählungen. Inzwischen sind 60 Jahre vergangen und alle Schwierigkeiten der Anfangsjahre längst überwunden. Nur noch die Familiennamen der Heimatvertriebenen und ihrer Nachkommen erinnern an die nicht rheinische Herkunft.

Anmerkungen:

- 1) Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 3, Nr. 1481.
- 2) Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 3, Nr. 1629.
- 3) Das Datum des Zuzugs findet sich in den Anträgen auf Flüchtlingsausweise (Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 3, Nr. 1484, 1487, 1623, 1629, 1630, 1682). Die wichtigsten Quellen für die Ansiedlung der Flüchtlinge auf der Grafschaft, rund drei laufende Meter Akten im Gemeindearchiv Grafschaft, Abteilung 41 und 42, wurden leider kurz vor 1997 vernichtet. Die Flüchtlingskartei befindet sich vielleicht noch in den ungeordneten Altbeständen der Meldekartei.
- 4) Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 3, Nr. 1481.
- 5) Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 3, Nr. 1730.
- 6) Leonhard Janta/Hubert Rieck, Von der frühen Nachkriegszeit bis heute. In: Landkreis Ahrweiler (Hrsg.): Der Kreis Ahrweiler im Wandel der Zeit (Studien zu Vergangenheit und Gegenwart, Band 3), Bad Neuenahr-Ahrweiler 1993, S. 181.
- 7) Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 3, Nr. 1629, 1712 und 1730; Gemeindearchiv Grafschaft, Akte 27/1 und 64/4.
- 8) Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 3, Nr. 1712.
- 9) Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 3, Nr. 1682.
- 10) Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 3, Nr. 1629.
- 11) Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 3, Nr. 1483.
- 12) Verwaltungsbericht des Landkreises Ahrweiler für das Rechnungsjahr 1950, S. 67f.; Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 3, Nr. 1613 und 1629.
- 13) Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 3, Nr. 1484.
- 14) Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 3, Nr. 1629.
- 15) Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 3, Nr. 1613.
- 16) Verwaltungsbericht des Landkreises Ahrweiler für das Rechnungsjahr 1953, S. 98.
- 17) Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 3, Nr. 1613 und 1703.
- 18) Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 3, Nr. 1629.
- 19) Anzahl errechnet aus den Anträgen auf Flüchtlingsausweise (siehe Anmerkung 3).
- 20) Konrad Specht, Vettelhovens Strukturwandel, in: Heimatjahrbuch Kreis Ahrweiler 1961, S. 38, 40.
- 21) Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 3, Nr. 1629.
- 22) Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 3, Nr. 1703.
- 23) Schule Leimersdorf, Schulchronik.
- 24) Gemeindearchiv Grafschaft, Schulchronik Karweiler, S. 120.
- 25) Kreisarchiv Ahrweiler, Abt. 3, Nr. 1629.